Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 97. Donnerstag den 7. April 1887. 81. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Freitag, den 8. April, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben die Expeditionsräume der Stadtwasserkunst im Stadthause

Dienstag, den 12. d. Mts.,

für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Leipzig, am 4. April 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.

Bekanntmachung.

Die **sämmtlichen Gebote** auf die am 17. dss. Mts. zum Verkaufe versteigerten Bauplätze Nr. 6, 8, 9, 12, 13, 17, 18 des Baublocks I des Parcellirungsplanes für das Areal des ehemaligen fiscalischen Holzhofs und Kohlenbahnhofs haben wir **abzulehnen** beschlossen und es werden daher hiermit in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die Bieter auf diese Plätze der von ihnen gethanen Gebote entlassen.

Leipzig, den 28. März 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
I a 1454. Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der Erd- und Pflasterarbeiten für den in der Promenade der Bahnhofstraße herzustellenden Cementbetonweg soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Erd- und Pflasterarbeiten für den Cementbetonweg in der Bahnhofstraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 15. April 1887 Nachmittags 5 Uhr einzureichen. Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 4. April 1887.

I a. 1428. **Der Rath der Stadt Leipzig.**

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer **Thonrohrschleuße** von 30 cm lichter Weite auf dem östlichen Seitenwege der 4. bis 9. Abtheilung des neuen Johannis-Friedhofes soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Thonrohrschleußen auf dem Johannisfriedhofe"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 18. April 1887, Nachmittags 5 Uhr einzureichen. Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 4. April 1887.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.
I a. 1050.

Bekanntmachung.

Die Herstellung eines Fußweges aus Saarbrückener Thonplättchen längs der vor dem Museum anzulegenden Straße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Plättchenweg an der Museumsstraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 15. April 1887, Nachmittags 5 Uhr, einzureichen. Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 4. April 1887.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.
I b 1050.

Bekanntmachung.

Im Monat März gingen bei dem Armenamte ein:

20 ℳ — ₰	ohne Angabe des Schenkgebers zur beliebigen Verwendung.		
1 „ 50 „	von Frau Nagel, Schützenstraße 13, überwiesenes Finderlohn d. d. Polizeiamt.		
5 „ — „	von Frau Hoß, Neumarkt 13, überwiesenes Finderlohn d. dasselbe.		
5 „ — „	von N. N. zu Gunsten einer bedürftigen Confirmandin.		
3 „ — „	Geschenk von einem Ungenannten.		
50 „ — „	Sühne in Sachen B. S. ./. R. S. durch Herrn Friedensrichter Siebert.		
1 „ — „	Sühne in Sachen	C. M. ./. C. G.	durch Herrn Friedensrichter Nagel.
5 „ — „	„ „ „	H. T. ./. J. M.	
3 „ — „	„ „ „	J. H. ./. B. K.	
3 „ — „	„ „ „	E. S. ./. H. R.	
5 „ — „	„ „ „	E. ./. K.	durch Herrn Friedensrichter Jacob sen.
1 „ — „	„ „ „	B. ./. Sch.	
5 „ — „	„ „ „	J. ./. D.	
3 „ — „	„ „ „	K. ./. H.	

109 ℳ 50 ₰ Summa,
worüber dankend quittirt

Leipzig, den 4. April 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Seidel.

Bekanntmachung.

Die Anlieferung und Verlegung granitner Trottplatten längs der Nordfront des Museums, sowie die der Granitschwellen zur Einfassung der auf dem Augustusplatze vor dem Museum herzustellenden Fahrstraße und Promenadenanlagen soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Granitarbeiten für die Museumsstraße"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 15. April 1887 Nachmittags 5 Uhr einzureichen. Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 4. April 1887.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.
I b 1050.

Städtische Gewerbeschule.

Die Ausstellung der Schülerarbeiten findet im Schullocale, Johannesplatz 7, 2. Etage

vom 7. bis mit 11. April a. c. von Vormittag 10 bis Mittags 1 Uhr

statt.

Zum Besuche derselben beehrt sich im Namen des Lehrercollegiums ergebenst einzuladen.

Leipzig, den 6. April 1887.

Der Director:
Dr. Ludwig Nieper.

Anmerkung. An dieser Ausstellung betheiligt sich in diesem Jahre auch die Maler- und Lackirer-Fachschule.

Evangelisch-reformirte Gemeinde.

Die Eltern, deren Kinder zu Ostern 1888 bei der reformirten Kirche confirmirt werden sollen, werden hierdurch ersucht, dieselben anzumelden,

die **Knaben** bei Herrn Pastor Lic. **Simons** am 18. oder 19. April von 4—6 Uhr Nachmittags,

die **Mädchen** bei Herrn Pastor D. **Dreydorff** am 14. oder 15. April von 4—6 Uhr Nachmittags.

Die Kinder können sich nicht selbst anmelden; aber erwünscht ist, daß sie mitkommen.

Leipzig, 7. April 1887.

Evangelisch-reformirtes Pfarramt.

Nichtamtlicher Theil.

Elsaß-Lothringen.

Die elsaß-lothringische Frage befindet sich seit den Wahlen vom 21. Februar auf der politischen Tagesordnung und wird von derselben nicht eher wieder verschwinden, als bis sie gelöst ist. So wie es bisher gegangen ist, darf es nicht weiter gehen, darüber besteht auf allen Seiten vollständiges Einverständniß; aber was geschehen soll, um zu besseren Ergebnissen zu kommen, ist noch eine offene Frage. Alle bisherigen Maßregeln tragen einen vorläufigen Charakter, wie die Zurdispositionsstellung der Unterstaatssecretaire Ledderhose und v. Mayr und die Verabschiedung des Staatssecretairs v. Hofmann unter Verzicht auf die Neubesetzung der Stelle. Der Geschäftskreis des Statthalters ist dadurch vergrößert, seine Verantwortlichkeit erhöht, aber im Ganzen und Großen ist die Organisation der Verwaltung in Elsaß-Lothringen unverändert. Der Zug nach Autonomie des Landes bleibt so lange der vorherrschende, als Elsaß-Lothringen noch einen Landesausschuß besitzt. Die Beseitigung des Landesausschusses und die Uebertragung der Gesetzgebung auf den Reichstag ist das nächste Ziel, auf welches im Interesse der Einheit Deutschlands hingearbeitet werden muß, da sich die auf Autonomie gerichteten Bestrebungen nur als Mittel zur Lockerung des Zusammenhanges des Reichslands mit dem übrigen Deutschland erwiesen haben. Die Sprache, welche Herr Winterer jüngst im Landesausschusse geführt hat, die Kritik, welche er sich über nothwendige Regierungshandlungen, wie die Auflösung von Vereinen, erlaubte, athmete den Geist der Widersetzlichkeit gegen die Regierung, sie war eingegeben von der Auffassung, daß die Bevölkerung der Reichslande nur ihr gutes Recht ausübe, wenn sie sich in engere Beziehungen mit Frankreich setze. Unterstaatssecretair von Puttkamer antwortete darauf mit der gebührenden Festigkeit und wies den Vertheidiger des Landesverraths in seine Schranken zurück, aber als bleibender Eindruck jener Sitzung des Landesausschusses erhielt sich die Ueberzeugung, daß eine Volksvertretung, in welcher solche Ansichten ihre Vertretung finden, nicht ersprießlich wirken könne, und daß je eher desto lieber mit Einrichtungen aufgeräumt werden müsse, welche zum Tummelplatze reichsfeindlicher Pläne und Wühlereien erniedrigt werden. Herr Winterer hat den Verfechtern der staatlichen Selbstständigkeit Elsaß-Lothringens den denkbar schlechtesten Dienst mit jener unbefugten Kritik von unerläßlichen Regierungsmaßregeln erwiesen, er hat damit der Regierung selbst die Waffe geliefert, durch die sie sich einer schädlichen und unzweckmäßigen Einrichtung entledigen kann.

Gegenwärtig wird die Frage der Einverleibung Elsaß-Lothringens in einen Bundesstaat in den Reichslanden selbst öffentlich erörtert. In der „Straßburger Post" und in der „National-Zeitung" haben 23 in den Reichslanden ansässige eingewanderte Deutsche eine Erklärung veröffentlicht, in welcher sie gegen die Aenderung der bestehenden Landesverfassung Einspruch erheben und ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß dem allgemeinen Wohl und der Fortentwickelung des Landes im deutschen Sinne nur dann wahrhaft gedient sei, wenn auf dem bestehenden Boden ohne Umstürzung der jetzigen staatsrechtlichen Grundlage ruhig und stetig weiter gearbeitet werde. Zur Entstehung der Kundgebung theilt die „National-Zeitung" mit, daß sie von dem deutschfreisinnigen Rechtsanwalt Leiber und dem Volksparteiler Jakobi angeregt wurde, und daß die Unterzeichner theils blinde Anhänger des Unterstaatssecretairs Back, theils Geschäftsleute sind, welche aus Rücksicht auf ihre elsässische Kundschaft das Schriftstück unterzeichnet haben. Dagegen hätten hervorragende deutsche Firmen die Unterzeichnung abgelehnt. Ein eigenthümliches Licht auf die ganze Kundgebung wirft der von den Unterzeichnern an die betreffenden Zeitungsredactionen gerichtete Wunsch, ihre Namen nicht abzudrucken. Die Herren wollen sich demnach mit einer stillen Agitation begnügen, die erfahrungsgemäß nur kümmerliche Früchte zu tragen pflegt. Wenn die Urheber der Kundgebung sich bewußt wären, als berufene Vertreter der öffentlichen Meinung zu wirken, so würden sie sich als solche rückhaltlos und freudig bekennen, aber nicht durch unzeitige Zaghaftigkeit der von ihnen vertretenen Sache schaden.

Die Regierung muß es sich unter den obwaltenden Umständen an den von ihr gemachten Erfahrungen genügen lassen und selbst den als richtig erkannten Weg muthig betreten. Die beiden Gruppen von Volksvertretern, welche von der elsaß-lothringischen Bevölkerung gewählt sind, nehmen theils den autonomistischen Standpunct ein, wie der Landesausschuß, theils den protestirenden, wie die Abgeordneten zum Reichstage. Beide können für die Regierung nicht maßgebend sein, weil sie nicht das deutsche, sondern theils das elsaß-lothringische, theils das französische Interesse vertreten. Für uns kann nur das eine Ziel als Richtschnur genommen werden, den Regermanisirungsproceß so schnell und sicher als möglich ins Werk zu setzen, und das kann nur durch engen Anschluß an das übrige Deutschland geschehen. So lange Elsaß-Lothringen in seinem Streben bestärkt wird, für sich zu bleiben und seine Angelegenheiten selbstständig zu ordnen, kann sich das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Reiche nicht entfalten, es ist vielmehr der Anreiz zur Wiederanknüpfung der seit 16 Jahren zerrissenen Beziehungen zu Frankreich gegeben.

Es ist wünschenswerth und nothwendig, daß vor der Fassung folgenschwerer Entschlüsse zuerst der Reichstag gehört wird. An Material zur Beurtheilung der elsaß-lothringischen Verhältnisse fehlt es nicht, eine 16jährige Erfahrung bietet hinreichend Anhaltspuncte dar, um sich eine klare Vorstellung von Dem zu bilden, was unterlassen wurde und was geschehen muß, um in den Reichslanden eine durchgreifende Veränderung herbeizuführen. Kleine Interessen von Geschäftsleuten, welche glauben, daß sie sich bei der Fortdauer des bestehenden Zustandes besser befinden werden als bei Aenderung desselben, kommen dabei gar nicht in Betracht, und außerdem sind die Unterzeichner der Erklärung gar nicht in der Lage, voraus zu sehen, welche Folgen eine Verfassungsänderung für sie selbst haben wird. Die Hauptsache ist, daß der Strom der Kräfte seinen Weg fortan nicht nach Westen, sondern nach Osten nimmt. Damit das geschehen könne, müssen die Einrichtungen fallen und die Regierungsgrundsätze verändert werden, welche als Bindemittel für die Aufrechthaltung der Beziehungen zu Frankreich gedient haben. Der Landesausschuß hat sich als durchaus ungeeignet erwiesen, um im Einklang mit der Regierung zu wirken. Entweder sind die Vorlagen unerledigt geblieben, oder sie haben eine Gestalt erhalten, welche ihren Zweck ganz oder theilweise vereiteln mußte. Gegen deutsche Angelegenheiten hat sich der Landesausschuß stets ablehnend verhalten, und auch die letzte Vorlage über die Grundsätze der Enteignung ist vom Landesausschusse in einer Weise verändert worden, welche nicht die Zustimmung der Regierung gefunden hat. Wenn aber die Beseitigung des Landesausschusses nur eine Frage der Zeit ist, so tritt die andere Frage in den Vordergrund, ob nicht schon im Interesse der Aufrechthaltung des Friedens mit Frankreich die Vereinigung Elsaß-Lothringens mit Preußen ein Gebot der Nothwendigkeit ist. Die Gesetzgebung für Elsaß-Lothringen kann allerdings vom Reichstage besorgt werden, wie das schon früher geschehen ist, aber es giebt auch eine Reihe von Angelegenheiten, die besser von einer engeren Landesvertretung besorgt werden, wie das in allen deutschen Bundesstaaten der Fall ist. Die Absonderung Elsaß-Lothringens vom übrigen Deutschland bleibt so lange bestehen auch nach Beseitigung des Landesausschusses, als in Elsaß-Lothringen eine besondere Verwaltung besteht. Durch Einreihung in den Verband eines großen deutschen Staatswesens, durch Uebertragung der Einrichtungen und Gesetze desselben auf die Reichslande würde ein weit festeres Band geschaffen als durch den losen Zusammenhang mit dem Reiche, wie ihn das jetzige Verhältniß bedingt. Alles weist auf die Vereinigung der Reichslande mit Preußen als auf das einzige wirksame Mittel hin, dem bisherigen unhaltbaren Zustande ein Ende zu bereiten.

Leipzig, 7. April 1887.

* In parlamentarischen Kreisen hofft man trotz des großen vorliegenden und noch zu erwartenden Arbeitsstoffes die Sessionen des Reichstags sowohl wie des preußischen Landtags vor Pfingsten schließen zu können. Die Thätigkeit des Abgeordnetenhauses wird vorzugsweise durch die Kirchenvorlage, die des Reichstags voraussichtlich durch die Steuerreform in Anspruch genommen werden, wozu auch zahlreiche theils bereits in Angriff genommene, theils erst noch erwartete Vorlagen von nicht geringer Wichtigkeit hinzukommen. Der Reichstag hat aber in seiner neuen günstigen Zusammensetzung so erfreuliche Proben einer rasch aufs Ziel losgehenden, von unnützen Abschweifungen sich fernhaltenden sachlichen Behandlung der Geschäfte gegeben, daß die Hoffnung, er werde in den zwischen Ostern und Pfingsten gewährten fünf Wochen mit seiner Aufgabe fertig werden, nicht als ganz ungerechtfertigt erscheint, namentlich wenn die Steuerreform von Anfang an Aussichten auf eine Verständigung unter den Mehrheitsparteien eröffnet.

* Ueber die Entwickelung und die Ausbreitung der dänischen Socialdemokratie giebt eine von dem „Generalrathe der socialdemokratischen Föderation" veröffentlichte Uebersicht Aufschluß. Das socialdemokratische „Berliner Volksblatt" entnimmt dem Berichte Folgendes:

„Der Socialismus gewann in Dänemark erst ziemlich spät Einfluß. Vor 1871 gab es keine socialistische Bewegung, und auch damals noch war sie so gering, daß man ihrer kaum achtete. Am 10. Mai 1874 wurde die erste Nummer des „Socialdemokrat" ausgegeben, die zuerst nur wenig Abonnenten hatte, aber im Jahre 1874 zählte das Blatt schon 3300 Abonnenten, 1885 20,000; heute zählt es 28,000 bei dreimal so großem Umfange. 1884 gelang es in Kopenhagen, zwei Führer, Holm und Hördum, in das Folkething zu bringen. Besonders die Versammlungen zeugen das Wachsen der dänischen Socialdemokratie. Das Verfassungsfest am 5. Juni feierten die Socialdemokraten in früheren Jahren in einem Walde, 5 englische Meilen von Kopenhagen entfernt, aber 1886 war die Schaar der Theilnehmer so groß, daß die Eisenbahnen und Dampfer sie nicht befördern konnten; man beging dasselbe daher auf dem Exercirfelde vor der Stadt. Niemals hat Kopenhagen eine so großartige Kundgebung gesehen. 30,000 Theilnehmer gliederten sich in 137 Abtheilungen; der Zug brauchte 1½ Stunde, um zu passiren. Auf dem eigentlichen Festplatze waren etwa 80,000 Männer und Frauen versammelt. Es herrschte vollkommene Ordnung. Die Polizei hatte die Aufrechterhaltung allein den Arbeitern überlassen. Auch in der Provinz wuchs die Zahl der Anhänger. In einer Versammlung am 18. Juli in Horsens, einem Orte in Jütland, waren 16,000 Arbeiter versammelt und erklärten ihre Zustimmung zur Socialdemokratie. 1885 hatte die socialdemokratische Föderation in 24 Städten Zweigorganisationen, die sich sogar in manchen Dörfern fanden. Im Ganzen werden in dem Bericht 50 socialdemokratische Vereine gezählt, in Kopenhagen 60 Arbeitergewerkschaften, deren es auch in der Provinz viele giebt. Die dänischen Arbeiter waren auch durch 14 Delegirte auf dem Fachvereinscongreß in Gothenburg in Schweden (27. bis 29. August 1886) vertreten. Zu Ende des Jahres wurde eine gemeinsame permanente Commission für alle Arbeitervereine gebildet. Ferner wurde eine „Arbeiterbäckerei" gegründet, deren Absatz so groß ist, daß sie erweitert werden muß. Das Ergebniß der Wahlen zum Folkething vom 28. Januar (1887) war nicht so günstig wie früher; es wurde nur ein Candidat P. Holm durchgebracht. Hördum, der zweite der früheren Abgeordneten, unterlag. Gleichwohl erhielten die socialdemokratischen Candidaten überall mehr Stimmen als sonst. Es entfielen auf P. Holm 6757 Stimmen (1884: 5085), auf C. Hördum 975 (1884: 920), auf C. A. Meyer 540 (1884 in demselben Bezirk auf Holst 500), auf J. Jensen, den ersten Socialdemokraten, der für Odense aufgestellt war, 136 Stimmen. „Sonach — so schließt der Bericht des socialdemokratischen Generalrathes — haben wir keinen Grund zu verzagen. Bei späteren Wahlen werden wir nicht nur die alten Sitze wiedergewinnen, sondern auch neue Mandate für unsere große Sache erkämpfen."

* **Rußland** ist beständig bestrebt, seine maritime Stellung am Schwarzen Meere zu befestigen und zu erweitern; nicht allein werden über 10 Millionen Rubel zum Bau der Häfen von Otschakoff und Batum verausgabt, sondern es sind auch neue Unternehmungen im Gange, welche der Entwickelung der Handelsmarine zu Gute kommen. Außer Nikolajeff, woselbst die belgische Firma Cockerill Vorbereitungen zur Anlage von Schiffswerften und Maschinenbauanstalten trifft, wird noch eine neue Werft in Angriff genommen. Dieselbe ist Eigenthum der russischen Capitalisten Kundeshoff-Bologdin und wird bereits in diesem Frühjahr eröffnet werden. In Odessa sind ebenfalls zwei neue Unternehmungen eingeleitet. Das eine ist die Schiffswerft und Maschinenbauanstalt der Firma Bellino, Fenderich & Co., die andere eine Küstendampfschifffahrtsgesellschaft, welche von Admiral Zelenoi ins Leben gerufen ist. Mit Ausnahme von Cockerill's genießen sämmtliche Unternehmungen keine Unterstützung von Seiten der Regierung und geben das beste Zeugniß von dem commerziellen Geiste, welcher z. B. in Südrußland herrscht.

* Die vor einiger Zeit begonnenen Unterhandlungen zur Gründung einer **Balkanconföderation** haben einer Dreßdener Meldung des „Standard" zufolge so weit Erfolg gehabt, daß eine sehr intime Entente, mit Einschluß einer Militairconvention zwischen Bulgarien und Serbien zu Stande gebracht ist. Man versichert ferner, daß Rumänien sich dem Bündniß in kurzer Zeit anschließen werde. Eine formell unterzeichnete Convention oder ein Vertrag existire nicht, aber behauptet werde, daß der zwischen Bulgarien, Rumänien und Serbien geführte Meinungsaustausch zu dem oben erwähnten Einverständniß geführt habe, welches wahrscheinlich die Billigung des Fürsten Bismarck und des Grafen Kalnoky erhalten habe. Griechenland gehöre dieser Conföderation nicht an; als Grund seiner Ablehnung habe es angegeben, daß seine inneren Schwierigkeiten dieses nicht erlauben.

* Nach den in der **Schweiz** bis jetzt für den Landsturm erfolgten Einschreibungen glaubt man, daß letzterer, die Gesammtbevölkerung auf 2,900,000 Seelen angenommen, auf etwa 300,000 Mann beziffert werden kann.

* Innerhalb der **Pariser Studentenschaft** herrscht große Aufregung, die bereits zu stürmischen Versammlungen und Demonstrationen Anlaß bot. Hervorgerufen werden die letzteren durch die Anordnung der Regierung, die Einschreibegebühren in ihrer früheren Höhe wieder herzustellen. In der Salle de l'Ermitage fand deshalb eine große Studentenversammlung statt, welche einen sehr tumultuarischen Verlauf nahm. Bemerkenswerth ist, daß der Präsident selbst, nachdem er eine Darlegung der Verhältnisse gegeben hatte, den Vorschlag machte, einen „Monôme", einen „Gänsemarsch" der Studenten, zu veranstalten, der sich vom Sorbonneplatz nach dem Palais Bourbon, dem Sitze der Deputirtenkammer, und von dort nach dem Finanzministerium bewegen soll. Daß eine derartige Kundgebung vieler Tausende leicht zu Ruhestörungen führen kann, hat sich bei früheren Gelegenheiten deutlich gezeigt. In der Versammlung der Salle de l'Ermitage fehlte es auch nicht an den üblichen radicalen Vorschlägen; so wurde unter Anderm darüber discutirt, ob nicht ein allgemeiner „Streik" in Scene gesetzt werden soll. Auch hätte man sich in die Zeit vor der „großen Revolution" zurückversetzt glauben können, als ein Redner unter vielem Beifall gegenüber der neuen „Besteuerung der Jugend" die angeblich kolossalen Einnahmen der „trésoriers généraux" hervorhob. Nach Beendigung der Versammlung zog eine sehr beträchtliche Anzahl Studenten im Quartier Latin lärmend umher, bis es auf dem Boulevard St. Michel zu einem Zusammenstoße mit den Sergeants de Ville kam, welche auch den Sorbonne-, sowie den Panthéon-Platz besetzt hielten. Ob eine von den Studenten an die beiden Kammern gerichtete Petition, die Regierung zur Verzichtleistung auf die von ihr getroffene Maßnahme zu bestimmen, Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Andernfalls darf man sich nach den jüngsten Vorgängen auf Ruhestörungen im Quartier Latin gefaßt machen. Der „Figaro" weist bereits darauf hin, daß es immerhin zu einem Streik der Studenten kommen könnte, und hebt vom monarchistischen Standpuncte hervor, daß die dritte Republik, sobald sie Geld braucht, — und dies sei stets der Fall — weder mit der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler, noch mit den Interessen Derjenigen rechne, welche für Frankreichs zukünftigen Ruhm arbeiten.

* Die Zeitungen **Montevideos** veröffentlichen einen Regierungserlaß vom 4. März, demzufolge der bisherige Generalconsul und Geschäftsträger von Uruguay in Berlin, Dr. Fr. Susviela Guarch, zum Ministerresidenten befördert wurde. Diese Ernennung wurde in Montevideo freudig begrüßt und dürfte auch in den betheiligten deutschen Kreisen sehr gut aufgenommen werden, denn Herr Susviela Guarch, der nicht nur seit Langem in Berlin ansässig ist, sondern daselbst auch mit großem Erfolg Medicin studirte und sein Staatsexamen machte, erfreut sich bei Allen, die ihn kennen, ungetheilter Hochachtung und Beliebtheit. — Der aus Uruguay verbannte General **Santos** ist mit dem Dampfer „Wakefield" in Rio de Janeiro angekommen und hat sich in Petropolis niedergelassen.

* Der **mexikanische Congreß** ist am 1. April eröffnet worden. In seiner Botschaft erklärte Präsident **Diaz**, daß die Staatseinnahmen sich fortgesetzt bessern und die Gesammteinkünfte im laufenden Finanzjahre die größten sein dürften, die bisher erlangt worden seien. Die Staatsgläubigen